

Alltagskultur und Wohlfahrt

Habich, Roland; Glatzer, Wolfgang; Zapf, Wolfgang

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Habich, R., Glatzer, W., & Zapf, W. (1989). Alltagskultur und Wohlfahrt. In H.-J. Hoffmann-Nowotny (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft: gemeinsamer Kongreß der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, Zürich 1988 ; Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen* (S. 263-266). Zürich: Seismo Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-147587>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DGS-Sektion Methoden ÖGS-Sektion Methoden der empirischen Sozialforschung

Kultureller Wandel im Spiegel der Umfrageforschung

Alltagskultur und Wohlfahrt

Roland Habich / Wolfgang Glatzer / Wolfgang Zapf (Berlin)

1. Zur Beschreibung der gesellschaftlichen Entwicklung - in wichtigen Dimensionen des kulturellen Wandels - benutzen wir für die letzten zehn Jahre die Daten der Wohlfahrtssurveys. Sie umfassen mit 4 Erhebungszeitpunkten den Zeitraum 1978 bis 1988. Entsprechend dem Programm der empirischen Wohlfahrtsforschung - Sozialberichterstattung und Dauerbeobachtung des gesellschaftlichen Wandels - werden in wesentlichen Teilen auch Aspekte des kulturellen Wandels berücksichtigt.

Bezogen auf den Zeitraum 1978/88 stellen wir zu drei Aspekten des sozialen und kulturellen Wandels einige Ergebnisse unserer Analysen vor:

- Befunde zu Veränderungen in "Basis"-Einstellungen bzw. Wertorientierungen; dies auch als ein Beitrag zur Diskussion des Wertewandels.
- Daten zu der These einer Distanzierung von Erwerbsarbeit; dies ist ein Beispiel für Werteverlagerungen innerhalb eines Lebensbereiches.
- Ergebnisse zu Stabilität und Wandel von individueller Wohlfahrt zwischen 1978 und 1988; also zu einigen Aspekten der Wohlfahrtskultur in der Bundesrepublik.

Das zusammenfassende Ergebnis: Wir finden im Wertebereich ein Auf und Ab von individuellen Einstellungen, die im Trend in Richtung eines "konservativen" Schwenks zu interpretieren sind. Im Bereich der beruflichen Einstellungen ist *nicht* die Distanzierung von Erwerbsarbeit zu erkennen, eher eine Konzentration innerhalb des Lebensbereiches Arbeit. Davon, so scheint es, sind Niveau und Verteilung individueller Wohlfahrt weitgehend unberührt. Massvolle Verschiebungen - ein Rückgang nach 1978 und ein leichter Anstieg von 1984 nach 1988 - verweisen auf die langfristige Stabilität der Wohlfahrt.

Unser Wohlfahrtsbegriff bezieht sich auf die Wohlfahrt von Individuen, auf die Konstellation objektiver Lebensbedingungen und wahrgenommener Lebensqualität in verschiedenen Lebensbereichen. Der Begriff Wohlfahrtskultur bezieht sich auf die Orientierungen der Individuen im Hinblick auf ihre Wohlfahrt, d.h. auf die Bewertung ihrer Lebensbedingungen und die Einschätzung ihres Wohlbefindens. Wohlfahrtskultur kann man also analog zu politischer Kultur auffassen, die sich auf politische Orientierungen gegenüber dem politischen System bezieht. Orientierungen sind dabei ein Sammelbegriff für Einstellungen, Werte, Bewertungen bis hin zu Ideologien.

2. In den Wohlfahrtssurveys wurden eine Reihe von Wertfragen gestellt. Dabei handelt es sich um allgemeine Fragen, die die *Neuerungsbereitschaft* messen sollen, die das Gewicht von *materialistischen* und *post-materialistischen Einstellungen* messen sollen, aber auch um Einstellungen zu politikrelevanten Einzelthemen, wie § 218 und *Sterbehilfe*.

Dabei ergibt sich für die Jahre 1978-1988 der folgende Gesamteindruck: Das Verhältnis derjenigen, die am *Alten festhalten* wollen, bzw. die eher für Neues aufgeschlossen sind, hat sich über die zehn Jahre kaum verändert. Man könnte von einem Hintergrund sprechen, in dem die Neuerungsbereiten leicht überwiegen, etwa im Verhältnis 55 zu 45. Die *Inglehart-Frage* zeigt, dass die Postmaterialisten von 12% auf 21% angewachsen sind, dominierend sind die sogenannten Mischtypen, die Materialisten nehmen von 40 auf 21% ab; aber das dürfte (1988) ein Artefakt sein, nachdem ein Item, die "Inflationsfrage", nicht mehr angemessen ist.

Vor diesem Hintergrund finden wir beim § 218 einen deutlichen Zuwachs für die geltende Rechtsregelung der sozialen Indikation; eine deutliche Zunahme von 9 auf 14% derjenigen, die für ein generelles Verbot des Schwangerschaftsabbruches eintreten; eine deutliche Abnahme derjenigen, die für die in den 70er Jahren diskutierte Alternative der zeitlichen Indikation (3-Monats-Regelung) eingetreten sind; und eine geringfügige Abnahme derjenigen, die ganz für die Freigabe eintreten.

Zusammengefasst könnte man sagen, das Meinungsspektrum verstärkt sich hin zum Konservativen, es bleibt aber ein harter Kern der § 218 Gegner; der Austausch findet in der Mitte zwischen Fristenregelung und sozialer Indikation zugunsten letzterer statt.

Bei der Frage nach der *Sterbehilfe* finden wir, dass sich die Anteile der beiden extremen Alternativen "Verlängerung des Lebens um jeden Preis" und "aktive Hilfe" halbiert haben; wir finden eine Konsolidierung der geltenden Rechts- und Moralauffassung (Linderung) auf hohem Niveau bei fast zwei Dritteln der Bevölkerung; wir finden eine Zunahme - eine Verdoppelung - bei denjenigen, die eine passive Hilfe befürworten. Vielleicht kann man dies als Liberalisierung in individualisierter Form interpretieren.

3. Im Bereich der *Einstellungen zur Erwerbsarbeit* und der *beruflichen Ansprüche* findet zwischen 1980 und 1988 ein Wandel *nicht* in Einstellungsänderungen gegenüber der Erwerbsarbeit statt; beobachtbare Veränderungen deuten vielmehr Anspruchsverlagerungen innerhalb des Lebensbereiches Arbeit an.

Die Daten seit 1978 belegen z.B. keine Abnahme von Arbeitszufriedenheit - erst 1988 kann eine leichte Abnahme registriert werden. Indikatoren der Arbeits- und Freizeitorientierung reagieren in ihren Ausprägungen kaum zwischen 1984 und 1988. Jeweils 30% der Erwerbstätigen (1984) sind als arbeits- oder freizeitorientiert zu charakterisieren, bei 40% sind Arbeit und Freizeit gleich wichtig. 1988 zeigt sich eine leichte Abnahme der Arbeitsorientierung, jedoch nur bei einer Zunahme der Mischkategorie. Veränderungen zwischen 1984 und 1988 sind eher

in einer geringen Abnahme der Freizeitorientierung und entsprechend in einer leichten Zunahme an Arbeitsorientierung zu sehen.

Auf der Ebene beruflicher Wertorientierungen (extrinsische vs. intrinsische Ansprüche) sind Verschiebungen erkennbar. Während für 1980 die beiden Dimensionen deutlich nachgewiesen werden können, sind bereits 1984 und stärker 1988 gewisse "Auflösungsprozesse" innerhalb und zwischen beiden Orientierungsdimensionen erkennbar: So "lösen" sich Aufstiegschancen und Prestige - 1980 eindeutig der intrinsischen Orientierung zuordenbar - aus dieser Anspruchsdimension und werden Bestandteil der bisher als extrinsisch bezeichneten Dimension bzw. können als übergreifende Anspruchshaltungen begriffen werden.

Der Stellenwert, den die Erwerbstätigen vergleichend Beruf, Freizeit und Familie zuweisen - nach unserem Schema die Einstellung gegenüber der Erwerbsarbeit -, "diffundiert" 1988 stärker auf die konkreten beruflichen Ansprüche als dies 1984 der Fall war. Man könnte dies als Konzentration der drei Lebensbereiche verstehen.

4. Wohlfahrtskultur verstehen wir als Ausdruck kulturspezifischer Wertvorstellungen, Deutungsmuster und Bewertungen, und sie entwickelt und verändert sich im Rahmen der jeweiligen objektiven Lebensbedingungen.

1. In der Bundesrepublik - wie in anderen Ländern - besteht eine langfristig stabile Wohlfahrtskultur. Die Zeitreihen, wie sie mit den Wohlfahrtsurveys vorliegen, zeigen langfristig eine *ausserordentliche Stabilität* der Indikatoren subjektiven Wohlbefindens. Es liegt eine überindividuelle, strukturelle Stabilität vor. Beispiele, die dies nachdrücklich demonstrieren, betreffen die allgemeine Lebenszufriedenheit, das Gefühl, glücklich zu sein, Anomie- und Angstsymptome.
2. Die Wohlfahrtskultur der Bundesrepublik ist *mehrdimensional* und *ambivalent*. Das subjektive Wohlbefinden ist sowohl im positiven wie im negativen Bereich facettenreich. Lebenszufriedenheit und Glück korrelieren positiv, verweisen aber auf verschiedene Sachverhalte: Allgemeine Lebenszufriedenheit ist eher ein kognitives Konstrukt, Glück eher ein emotionales bzw. affektives Konstrukt. Die Zusammenhänge zwischen Glück und Lebenszufriedenheit sind langfristig ziemlich stabil. Gleichzeitig mit dem hohem positivem Wohlbefinden bestehen jedoch in einem solchem Umfang negative Aspekte (Angstsymptome, Sorgen und Probleme), dass man insgesamt von einer Ambivalenz des Wohlbefindens sprechen muss. Auch diese Ambivalenz ist wiederum zeitlich stabil.
3. Ein weiterer Aspekt des subjektiven Wohlbefindens ist die höhere Zufriedenheit in privaten Bereichen und die geringere Zufriedenheit in Bereichen, für die eher der Wohlfahrtsstaat zuständig ist. In allen untersuchten Jahren stehen Ehe und Partnerschaft und danach Familienleben an der Spitze der Zufriedenheitsrangfolge und am Ende stehen "öffentliche Sicherheit" und "Umweltschutz". Private Bereiche werden dennoch von

den Befragten nicht beschönigt; sie berichten durchaus in beträchtlichem Umfang über familiäre Schwierigkeiten und Konflikte. Die Vermutung ist eher, dass die primären Sozialbeziehungen die wichtigste Quelle für subjektives Wohlbefinden sind und die positiven Beiträge zum Wohlbefinden die negativen Beeinträchtigungen in der Privatsphäre meist überschreiten. Die öffentlichen Bereiche müssten demzufolge ein ungünstigeres Verhältnis von wahrgenommenen positiven Beiträgen und Beeinträchtigungen aufweisen.

4. Der *Wandel* der Wohlfahrtskultur ist insgesamt gering. Die Rückgänge an Zufriedenheit von 1978 bis 1980/1984 sind 1988 weitgehend wieder aufgeholt. Dies ist bei globalen Indikatoren wie der allgemeinen Lebenszufriedenheit, Glück, Anomie und Sorgen festzustellen und auch bei einzelnen Bereichszufriedenheiten. Im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Umweltschutz ist die Unzufriedenheit in den letzten vier Jahren geringer geworden. Das Zufriedenheitsniveau der Bundesbürger ist wieder angestiegen, ohne aber das Niveau von 1978 zu erreichen. Ein sensibleres Mass für die Stimmungslage ist die Wahrnehmung der vergangenen Zufriedenheitsentwicklung und die Zukunftserwartung für die eigene Lebenszufriedenheit. Hier hatten sich zu Beginn der achtziger Jahre starke pessimistische Umschwünge ergeben. Immer mehr Bundesbürger nahmen einen Rückgang ihres Wohlbefindens in den jeweils vergangenen fünf Jahren wahr, eine grössere Zahl von Bundesbürgern erwartete für die Zukunft ebenfalls einen Rückgang. Auch hier zeigt sich, dass die pessimistische Entwicklung bis 1988 *nicht* weiterging, ohne dass der Grad an Optimismus, der 1978 noch vorherrschte, wieder erreicht wurde.

Wechselnde Mehrheitsmeinungen und (fast) identische Fragen. Schwierigkeiten bei der Messung des Rechtsbewusstseins

Karl-Heinz Reuband (Köln)

Es zählt zur geläufigen Praxis der Sozialforschung, Umfragen auch dann zu vergleichen, wenn die Fragen nicht völlig identisch oder annähernd gleich formuliert sind. Dass diese Praxis nicht unproblematisch ist und subtile Veränderungen in der Begrifflichkeit nennenswerte Veränderungen im Antwortmuster bedingen können, haben in der Vergangenheit mehrere Studien deutlich gemacht. Wie sehr dies auch für Fragen zum Rechtsbewusstsein gilt, lässt sich zeigen, wenn man die Ergebnisse von zwei Fragen vergleicht, von denen die eine erstmals 1970 von W. Kaupen im Rahmen einer Studie über "Bevölkerung und Recht" und die andere 1985 im Rahmen des International Social Survey Programms (ISSP) gestellt wurden. Die erste Frage lautete: "Man sollte sich immer an die Gesetze halten, auch wenn man manchmal glaubt, dass sie nicht gerecht sind." Die zweite lautete: "Würden Sie sagen, dass man Gesetze ohne Ausnahme befolgen muss oder gibt es